

Niederschrift

über die 29. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 05.09.2018, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Bericht der Verwaltung über die Entwicklung der Haushaltslage im 2. Quartal 2018
Vorlage: 1324/2018
3. Benennung der Straße im Bereich des Bebauungsplanes 112, Baugebiet zwischen dem Wohngebiet Bolleber und der Linnicher Straße in Lindern
Vorlage: 1314/2018
4. Finanzielle Unterstützung der Stadt zur Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt
Vorlage: 1332/2018
5. Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW zur Einreichung einer Projekt-skizze zur Förderung der Sanierung und Modernisierung der Sportfreianlagen im Heinrich-Cryns-Sportzentrum Bauchem
Vorlage: 1328/2018
6. Antrag der Fraktion "Geilenkirchen bewegen! und FDP" - Sicherheitskonzept der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 1329/2018
7. Antrag der CDU-Fraktion - Förderung von Solarspeicheranlagen
Vorlage: 1331/2018
8. Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für die Initiative Erinnern Geilenkirchen
Vorlage: 1330/2018
9. Anfragen

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Herr Bürgermeister Georg Schmitz

Mitglieder

2. Herr Nikolaus Bales
3. Herr Marko Banzet
4. Herr Hans-Jürgen Benden
5. Herr Helmut Gerads
6. Herr Christoph Grundmann
7. Herr Horst-Eberhard Hoffmann

8. Herr Rainer Jansen
9. Herr Michael Kappes
10. Herr Wilfried Kleinen
11. Herr Heinz Kohnen
12. Herr Willi Münchs
13. Herr Uwe Neudeck
14. Herr Lars Speuser
15. Herr Harald Volles
16. Herr Max Weiler

Stellvertretendes Mitglied

17. Herr Johann Graf Vertretung für Herrn Christian Kravanja
18. Herr Stefan Mesaros Vertretung für Frau Gabriele Kals-Deußen
19. Herr Raimund Tartler Vertretung für Herrn Hans-Josef Paulus

von der Verwaltung

20. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
21. Herr Technischer Beigeordneter Markus Mönter
22. Herr Daniel Goertz
23. Herr Peter Klee

Protokollführer

24. Herr Dominik Hilgers

Es fehlten:

25. Herr Nils Kasper
26. Herr Manfred Mingers
27. Frau Gabriele Kals-Deußen
28. Herr Christian Kravanja
29. Herr Hans-Josef Paulus

Bürgermeister Schmitz eröffnete die 29. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am 05.09.2018 um 18:00 Uhr und hieß die Stadtverordneten sowie die Bürgerinnen und Bürger und den Vertreter der Medien herzlich willkommen.

Die Einladung zur Sitzung sei form- und fristgerecht zugestellt worden. Er entschuldigte an dieser Stelle den Stadtverordneten Mingers, den Stadtverordneten Kasper, den Stadtverordneten Paulus, der vom Stadtverordneten Tartler vertreten werde, den Stadtverordneten Kravanja, der vom Stadtverordneten Graf vertreten werde, sowie die Stadtverordnete Kals-Deußen, die vom Stadtverordneten Mesaros vertreten werde. Bürgermeister Schmitz stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen die Niederschrift der 28. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 16.06.2018 habe es keine gegeben. Es erklärte sich niemand zu einem Tagesordnungspunkt für befangen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bat Bürgermeister Schmitz um Abstimmung über die Absetzung des Tagesordnungspunktes 8 „Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für die Initiative Erinnern Geilenkirchen“. Der Antragsteller, Herr Bruckschen, habe schriftlich mitgeteilt, den Antrag in dieser Form nicht aufrechterhalten zu wollen.

Stadtverordneter Gerads erkundigte sich, wer über die Absetzung des Tagesordnungspunktes im Vorhinein informiert worden sei.

Bürgermeister Schmitz verdeutlichte, dass erst über die Absetzung des Tagesordnungspunktes abgestimmt werden müsse. Die Fraktionsvorsitzenden seien per Mail darüber informiert worden, dass Herr Bruckschen seinen Antrag vorerst zurückziehen wolle und um die Absetzung des Punktes gebeten habe.

Stadtverordneter Mesaros fragte nach näheren Informationen zu dem Umstand, dass der Antrag zurückgezogen worden sei.

Herr Goertz führte aus, dass die Initiative Erinnern Geilenkirchen kein eingetragener Verein sei. Aufgrund dessen sei die rechtliche Beurteilung des Antrages fraglich. Wie Herr Bruckschen in seinem Antrag erläutert habe, würden die Gelder der Initiative über den Förderverein der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule verwaltet. Herr Bruckschen sei auf die Möglichkeit der Vereinsförderung hingewiesen worden. Es stehe nun die Überlegung im Raume, einen Förderantrag über die allgemeine Vereinsbezuschung in die Wege zu leiten. Ob Herr Bruckschen dies über den Förderverein der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule beantragen, oder selbst einen Verein gründen wolle, könne Herr Goertz zu diesem Zeitpunkt nicht beantworten.

Stadtverordneter Kleinen wies darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt obsolet sei, da der Antrag zurückgezogen worden sei.

Stadtverordneter Grundmann äußerte sein Bedauern über die geplante Absetzung des Punktes. Dass der Antrag zurückgezogen worden sei, liege allerdings eher an der Verwirrung über die Umstände als am Inhalt. Die SPD-Fraktion sei zu dem Ergebnis gekommen, dass dem Antrag in der Form, wie er vorliege, nur schwer zugestimmt werden könne. Die Thematik, mit der sich die Initiative beschäftige, sei jedoch höchstrelevant. Hierüber sollte wenigstens in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur gesprochen werden. Bildung sei schließlich ein wichtiger Bestandteil der Demokratie.

Stadtverordneter Benden plädierte dafür, an dieser Stelle nicht tiefer in die Diskussion einzusteigen. Die erste Möglichkeit sei es, den Punkt auf der Tagesordnung zu lassen und in der folgenden Sitzung über ihn zu diskutieren. Als zweite Möglichkeit solle Herrn Bruckschen Zeit gegeben werden, um nach der Abstimmung mit der Verwaltung und den Fraktionen einen neuen Antrag für den Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur vorzubereiten.

Die Stadtverordneten Kleinen und Weiler sowie Bürgermeister Schmitz stimmten zu, die Angelegenheit in den Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur zu verschieben. Stadtverordneter Grundmann kündigte an, den Tagesordnungspunkt schriftlich für die nächste Ausschusssitzung zu beantragen.

Der Haupt- und Finanzausschuss setzte den Punkt 8, „Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für die Initiative Erinnern Geilenkirchen“ von der Tagesordnung ab.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Bürgermeister Schmitz teilte mit, dass die Beschlussfassung über den Gleichstellungsplan der Stadt in der Sitzung des Rats am 04.07.2018 in die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zur erneuten Beratung verwiesen worden sei. Da der Plan überarbeitet worden sei und die neue Version noch seitens der Verwaltungsleitung besprochen werden müsse, werde der überarbeitete Entwurf im Haupt- und Finanzausschuss am 10.10.2018 präsentiert. Neben dem Gleichstellungsplan werde dann auch das Personalentwicklungskonzept präsentiert.

TOP 2 **Bericht der Verwaltung über die Entwicklung der Haushaltslage im 2. Quartal 2018** **Vorlage: 1324/2018**

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm den Bericht der Verwaltung über die Entwicklung der Haushaltslage im 2. Quartal 2018 zur Kenntnis.

TOP 3 **Benennung der Straße im Bereich des Bebauungsplanes 112, Baugebiet zwischen dem Wohngebiet Bolleber und der Linnicher Straße in Lindern** **Vorlage: 1314/2018**

Beschlussvorschlag:

Die Straße im Bereich des Neubaugebietes in Lindern erhält den Namen „Juliane-Hilgers-Straße“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

TOP 4 **Finanzielle Unterstützung der Stadt zur Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt** **Vorlage: 1332/2018**

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Geilenkirchen beteiligt sich an den Kosten für die Weihnachtsbeleuchtung in der Wintersaison 2017/2018 mit einem Betrag in Höhe von 2.045,00 Euro. Der Betrag wird nach Vorlage der Kostenrechnung ausgezahlt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

TOP 5 **Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW zur Einreichung einer Projektskizze zur Förderung der Sanierung und Modernisierung der Sportfreianlagen im Heinrich-Cryns-Sportzentrum Bauchem** **Vorlage: 1328/2018**

Bürgermeister Schmitz wies darauf hin, dass den Stadtverordneten ergänzend zur Vorlage die Projektskizze vorliege.

Aufgrund der letzten kostentechnischen Entwicklungen bezüglich der Sportanlage in Immendorf erkundigte sich der Stadtverordnete Kleinen, wie hoch die geschätzten Kosten für die Sanierung und Modernisierung des Heinrich-Cryns-Sportzentrums Bauchem seien.

Beigeordneter Mönter erläuterte das Projekt in seinen Grundzügen. Für den Zuschlag auf die Förderung aus Bundesmitteln sei insbesondere ausschlaggebend, dass das Projekt von überregionaler Bedeutung sei, es soziale und Klimaschutztechnische Inhalte gebe und ein hohes Investitionspotenzial aufweise. Der Gesamtförderbetrag liege bundesweit bei 100 Mio. Euro. Die Bewerbung um eine Projektförderung teile sich in zwei Phasen auf. Zunächst beurteile eine Jury Kriterien des Projektes wie den langfristigen und städtebaulichen Nutzen sowie den finanziellen Aufwand. Sofern die Jury zu dem Schluss komme, dass ein Förderantrag Aussicht auf Erfolg habe, könne dieser gestellt werden. Da der Umfang des bereits vorliegenden Sportanlagenentwicklungskonzeptes nicht für eine Förderung ausreiche, habe man sich dazu entschieden, noch weitere Teile des Heinrich-Cryns-Sportzentrums wie die Wettkampfanlage und die Tennenplätze zu sanieren und zu modernisieren. Hierzu würden auch die Überarbeitung der Zugangsbereiche, die Erneuerung des Rasen- und Aschenplatzes sowie die Aufwertung der Laufstrecke und der Leichtathletikanlagen gehören. Der Eigenanteil liege bei 1.253.175 €, der Förderbetrag aus Bundesmitteln bei 1.025.325 €. Im Gegensatz zum Sportanlagenentwicklungskonzept werde die gesamtheitliche Aufwertung des Sportzentrums anvisiert.

Stadtverordneter Benden fragte nach, wann mit einer Antwort der Jury zu rechnen sei. Zudem könne er sich die Vergrößerung des Parkplatzes in der Nähe des Hallenbades nur schwer vorstellen.

Beigeordneter Mönter erklärte, dass man bereits im Oktober dieses Jahres mit einer Antwort seitens der Jury rechne. Infolgedessen werde der Förderantrag erarbeitet und gestellt. Er führte weiter aus, dass zusätzliche Parkflächen aufgrund der Aufwertung der Sportanlagen nötig würden. Die Anita-Lichtenstein-Gesamtschule habe indes bereits ihren Bedarf an weiteren Parkflächen kundgetan.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Volles erklärte Beigeordneter Mönter, dass die Haushaltsplanung sowohl für die Investitionsmaßnahmen für die Sportanlagen in Immendorf wie auch für das Sportzentrum in Bauchem angepasst werden müssten.

Stadtverordneter Benden fasste die weitere Diskussion zusammen. Es sei sinnvoll, sich um die Förderung zu bewerben. Die Details der Planung würden sicherlich im Umwelt- und Bauausschuss genauer besprochen.

Beschlussvorschlag:

Die Projektskizze zur Förderung der Sportfreianlagen im Heinrich-Cryns-Sportzentrum aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ wird im Wege einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW beschlossen. Im Falle einer positiven Förderentscheidung werden die entsprechenden Haushaltsmittel bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**TOP 6 Antrag der Fraktion "Geilenkirchen bewegen! und FDP" - Sicherheitskonzept der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 1329/2018**

Stadtverordneter Kleinen stellte den Antrag der Fraktion Geilenkirchen bewegen! und FDP vor. Im letzten Jahr habe sich der Rat ausgiebig mit dem Thema Sicherheit und Ordnung in Geilenkirchen beschäftigt. Als Grundlage habe damals ein Sicherheitskonzept des Ordnungsamtes vorgelegen, das auf Antrag der SPD-Fraktion erstellt worden sei. Seither habe man allerdings keine Fortschritte gemacht. In der im Frühjahr veröffentlichten Kriminalitätsstatistiken des Landes Nordrhein-Westfalen und des Kreises Heinsberg belege Geilenkirchen die oberen Ränge. Obwohl die Kriminalitätsrate in Geilenkirchen rückläufig sei, würden sich die Beschwerden der Bevölkerung über ein mangelndes Sicherheitsgefühl häufen. Dies liege insbesondere an den offen erkennbaren Delikten. Hierzu würden illegale Autorennen sowie der offene Drogenhandel und -konsum zählen. Die vorliegende Kriminalitätsstatistik sei bewusst relativiert worden. Lasse man beispielsweise Delikte wie „Schwarzfahren“ außen vor, die nicht offen ersichtlich seien, so liege Geilenkirchen bereits nicht mehr auf den oberen Rängen. Das Grundproblem des fehlenden subjektiven Sicherheitsgefühls bleibe jedoch bestehen. Aufgrund dessen habe seine Fraktion den Antrag gestellt, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Kreispolizeibehörde sowie dem Landrat ein Sicherheitskonzept aufstellen möge.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass er den Antrag für populistisch halte. Ein Anruf beim Bürgermeister hätte genügt, um zu erfahren, dass die Verwaltung im Oktober eine seit Langem geplante Sicherheitskonferenz mit der Kreispolizeibehörde abhalten werde. Es sei bereits das zweite Mal, dass die Fraktion Geilenkirchen bewegen! und FDP eine eigens erstellte Statistik präsentiere, die in einigen Punkten falsch und nicht von behördlicher Seite abgesegnet worden sei. Bei der Berechnungsgrundlage seien beispielsweise die NATO-Angehörigen außer Acht gelassen worden. Der Antrag an sich sei richtig, jedoch sei die Statistik unbrauchbar.

Stadtverordneter Mesaros wollte den vorliegenden Antrag grundsätzlich unterstützen. Er schlage allerdings vor, in Kooperation mit der Polizei zu erörtern, ob sich ein potenzielles Sicherheitskonzept nicht auf bestimmte Gebiete konzentrieren sollte, die eine hohe Kriminalitätsrate aufweisen würden. Darüber hinaus mahnte er dazu, das Thema Sicherheit und Ordnung äußerst behutsam zu behandeln. Die Kriminalitätsrate sei zwar rückläufig, jedoch habe er ebenfalls feststellen können, dass sich das subjektive Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung vergrößere.

Stadtverordneter Grundmann erinnerte daran, dass sich der vom Stadtverordneten Kleinen erwähnte Antrag der SPD-Fraktion vom 08.11.2017 überwiegend auf die Jugendkriminalität fokussiert habe. Da dies ein Gesprächsthema bei der im Oktober stattfindenden Sicherheitskonferenz sei, habe die SPD-Fraktion diesbezüglich nicht mehr nachgehakt. Das subjektive Sicherheitsgefühl mit sachlichen und fachlichen Mitteln zu beeinflussen, halte er für schwierig. Es sollte dennoch nicht ignoriert werden. Es dürfe beispielsweise nicht sein, dass illegale Autorennen im Parkhaus am Bahnhof stattfinden würden, obwohl sich die Polizei in unmittelbarer Nähe befinde. Solche Fragen würden sicherlich auf der im Oktober stattfindenden Konferenz diskutiert.

Stadtverordneter Weiler erklärte, dass die CDU im Bereich Sicherheit und Ordnung ebenfalls aktiv sei. Im letzten Jahr habe der CDU-Ortsverband zu diesem Thema ein Schreiben an den

Innenminister verfasst. Er würde dem Antrag der Fraktion Geilenkirchen bewegen! und FDP zustimmen, da ihn interessiere, welche Ideen das Konzept bereithalte. Es müsse darüber hinaus geklärt werden, wie viel Geld man in die Umsetzung eines solchen Konzeptes investiert wolle. Er plädiere dafür, zunächst das im Oktober angesetzte Gespräch mit der Polizei abzuwarten und daraufhin nochmal auf den vorliegenden Antrag zurückzukommen.

Stadtverordneter Jansen führte aus, dass die Kriminalitätsstatistik unseriös sei. Es werde an manchen Stellen mit unterschiedlichen Bezugspunkten gearbeitet. Die Zahlen würden sich außerdem nicht mit denen der Statistiken des Landes und des Kreises decken.

Stadtverordneter Gerads erinnerte daran, dass es nicht darum gehe sollte, das subjektive Sicherheitsgefühl zu verbessern, sondern darum, tatsächlich für Sicherheit zu sorgen. Man könne beispielsweise keine Sicherheit durch Kameraüberwachung gewährleisten. Grundsätzlich liege dies auch im Zuständigkeitsbereich der Kreispolizeibehörde.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass die Diskussion in die richtige Richtung gehe. Sowohl das subjektive als auch das objektive Sicherheitsgefühl seien hohe Güter. Dennoch müsse man die gesetzlichen Zuständigkeiten genau beachten. Sowohl im vorliegenden Antrag als auch in der jüngsten Pressemitteilung habe man Delikte wie illegale Autorennen, Drogenhandel und -konsum und Wohnungseinbrüche aufgeführt. Hierbei handle es sich ausschließlich um Straftatbestände, die die Stadt nicht verfolgen oder ahnden dürfe. Vor diesem Hintergrund könne man als Ordnungsbehörde kein Konzept zur Prävention von Straftaten erstellen. So ehrlich müsse man gegenüber der Bevölkerung sein. Selbstverständlich arbeite man dennoch eng mit der Kreispolizeibehörde zusammen. Die Presseberichte seien darüber hinaus unzutreffend. Dass man nach 18 Uhr niemanden mehr vom Ordnungsamt erreiche, stimme nicht. Natürlich führe das Ordnungsamt nicht an jedem Abend Kontrollfahrten durch, allerdings würden diese regelmäßig und häufig stattfinden. Dies sei dokumentiert. Weiterhin habe man in den letzten Monaten bewusst in der Presse über erstattete Anzeigen berichten lassen. Die Ordnungsbehörde dürfe Strafdelikte lediglich dokumentieren. Die Verfolgung und die Ahnung der Strafdelikte würden in den Zuständigkeitsbereich der Kreispolizeibehörde fallen. Die Kreispolizeibehörde habe im Rahmen der Vorbereitung der Konferenz sogar bestätigt, dass die Ordnungsbehörde Geilenkirchens in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Polizei und auf die Gefahrenprävention eine der aktivsten Behörden sei. Die Bevölkerung müsste über diese Tatsachen in der Presse informiert werden. Es sei schade, dass man sich mit dem Landrat und der Stadt Baesweiler unterhalte, aber nicht mit der Stadt Geilenkirchen. Dies hätte vor der Berichterstattung stattfinden sollen und könne gerne nachgeholt werden. Darüber hinaus sei die Stadt Baesweiler abgesehen von ihrer Einwohnerzahl nicht mit der Stadt Geilenkirchen vergleichbar. In Baesweiler gebe es zum Beispiel zwei Bahnhöfe und ca. 5000 Schüler weniger. Würde man die Stadt Geilenkirchen vergleichbaren Kommunen gegenüberstellen, würde die Statistik sehr viel positiver ausfallen. Er schlug vor, kein Konzept zur Reduzierung von Straftaten in Auftrag zu geben. Stattdessen könne die Verwaltung in einer der folgenden Sitzungen darüber berichten, welche Maßnahmen bereits getroffen worden und welche für die Zukunft geplant seien. Zudem könne die Zusammenarbeit mit der Kreispolizeibehörde dargestellt und über die kommende Konferenz berichtet werden.

Stadtverordneter Benden dankte dem Beigeordneten Brunen für die klaren und offenen Worte. Dies trage dazu bei, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu verbessern. Er

plädiere dafür, dem Vorschlag vom Beigeordneten Brunen zu folgen, zunächst die Konferenz abzuwarten, bevor dem Antrag zugestimmt werde.

Die Stadtverordneten Grundmann und Weiler schlossen sich dem Vorschlag an. Stadtverordneter Weiler ergänzte, dass es der Fraktion Geilenkirchen bewegen! und FDP nach der Berichterstattung durch die Verwaltung freistehe, offengebliebene Fragen zu stellen. Die Thematik solle in die kommende Sitzung des Rates oder des Haupt- und Finanzausschusses verschoben werden.

Stadtverordneter Kleinen erklärte, dass sich seine Fraktion bereits seit Langem mit der Thematik befasse. Man wisse von der anstehenden Konferenz. Die Durchführung der Konferenz reiche jedoch nicht aus. Man brauche ein für den Landrat verbindliches Konzept. Er könne der Verschiebung des Punktes nicht ohne weiteres zustimmen, da er befürchte, dass die Thematik wieder im Sand zerlaufe.

Stadtverordneter Gerads befürwortete ebenfalls den Vorschlag des Beigeordneten Brunen. Außerdem glaube er nicht, dass Herr Pusch als Leiter der Kreispolizeibehörde ein Konzept nur für Geilenkirchen entwickeln lasse. Es sei wahrscheinlicher, dass er ein Sicherheitskonzept für den ganzen Kreis Heinsberg aufstellen lasse.

Stadtverordneter Jansen erklärte, dass die Grünen gegen den Antrag stimmen würden. Die Sicherheit der Geilenkirchener sei seiner Fraktion wichtig. Die Entscheidung fuße momentan jedoch auf unausgereiften Tatsachen. Der Antrag könne erst nach der Vorlage eines Berichtes durch die Verwaltung behandelt werden.

Stadtverordneter Mesaros pflichtete seinem Vorredner bei. Viele der Stadtverordneten würden den Beschlussvorschlag zum jetzigen Zeitpunkt ablehnen. Dies würde allerdings das falsche Signal senden. Es müsse erneut über den Antrag der Fraktion Geilenkirchen bewegen! und FDP gesprochen werden, wenn der Bericht der Verwaltung vorliege.

Im weiteren Verlauf der Diskussion entwickelte sich der Konsens, dass die Verwaltung zunächst einen Bericht gemäß dem Vorschlag des Beigeordneten Brunen in der 36. Sitzung des Rates am 07.11.2018 vorstelle. Daraufhin stehe es der Fraktion Geilenkirchen bewegen! und FDP frei, ihren Antrag nochmals vorzubringen.

Es wurde die einheitliche Meinung vertreten, die Angelegenheit in die 36. Sitzung des Rates am 07.11.2018 zu verschieben.

TOP 7 Antrag der CDU-Fraktion - Förderung von Solarspeicheranlagen Vorlage: 1331/2018

Stadtverordneter Weiler stellte den Antrag der CDU-Fraktion vor. Seine Fraktion habe sich damit beschäftigt, wie man den Gebrauch von Photovoltaikanlagen in Kombination mit Speicheranlagen mit einem kleinen Beitrag weiter nach vorne bringen könne. Die in der Vorlage aufgeführten Beträge seien im Vergleich zu anderen Kommunen sehr moderat gehalten. Es werde vorgeschlagen ausschließlich Personen zu fördern, die Eigentümer/innen eines Einfamilienhauses seien und in diesem wohnen würden. Ein Einfamilienhaus benötige etwa 6 kWp, um sich autark versorgen zu können. Man wolle ein kleines Zeichen setzen, indem das Thema in den Fokus der Öffentlichkeit gestellt und der Klimaschutzgefördert werde. Die Einwände

des Kämmerers könne er nachvollziehen, da es sich hier um eine freiwillige Ausgabe handle. Die CDU-Fraktion sei allerdings der Meinung, dass die Maßnahme im Bereich des Möglichen sei. Der vorgeschlagene Förderbetrag reiche nicht für eine autarke Energieversorgung aus. Die Auslastung liege bei 50-60%.

Stadtverordneter Jansen erklärte, dass die Grünen die Intention der CDU befürworten würden. Allerdings sei die Förderung von Photovoltaikanlagen keine kommunale Angelegenheit. Insbesondere überzeuge das Argument der Verwaltung, dass der Personalbedarf zur Überwachung der Fördermittel viel zu hoch für die geringe Fördersumme sei. Die Grünen-Fraktion würde dem Antrag nur zustimmen, wenn die Fördersumme signifikant höher und ein weiterer Fördergeber wie die Kreissparkasse involviert sei.

Stadtverordneter Mesaros erklärte, dem Antrag nicht zustimmen zu können, obwohl er den Grundgedanken befürworte. Es gebe bereits verschiedene Fördermöglichkeiten, die noch nicht ausgeschöpft seien. Der Haushalt der Stadt Geilenkirchen liege mit ca. 2 Mio. Euro im Minus. Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf den immensen Personalbedarf könne man freiwillige Leistungen dieser Art nicht durchführen.

Stadtverordneter Gerads erläuterte, dass die Stadt Geilenkirchen hierfür der falsche Ansprechpartner sei. Würde man dem Antrag zustimmen, würde man einen Präzedenzfall zur Förderung weiterer Energieanlagen wie Biogasanlagen schaffen. Zudem sei es paradox, auf der einen Seite freiwillige Leistungen für einen ausgewählten Personenkreis zu gewähren und auf der anderen Seite teure Stundungszinsen in der Fliegerhorstsiedlung zu verlangen. Dies könne vor der Bevölkerung nicht gerechtfertigt werden.

Stadtverordneter Grundmann begrüßte die Thematik ausdrücklich. Allerdings sei die Stadt hierfür nicht zuständig, weshalb der Antrag nicht unterstützt werden könne. Er schlug vor, die Geilenkirchener über den städtischen Klimaschutzmanager über die verschiedenen Förderprogramme zu informieren. Für Biogasanlagen gebe es beispielsweise ein EU-Förderprogramm, das vorgestellt werden könne.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass es sich um einen ehrenwerten Antrag handle. Es gebe allerdings bessere Instrumente zur Förderung von Energieanlagen. In Anlehnung an den Redebeitrag des Stadtverordneten Gerads führte er aus, dass die Stadt Geilenkirchen die meisten freiwilligen Leistungen bei sozialen Themen und Vereinsangelegenheiten ablehne. Man müsse die soziale Ausgewogenheit beachten, weshalb man dem Antrag in dieser Form nicht zustimmen könne. Der Ansatz des Stadtverordneten Grundmann sei gut. Man müsse darüber nachdenken, welche Maßnahmen die Stadt Geilenkirchen ergreifen könne. Neben der Darstellung der Förderprogramme könnten die städtischen Objekte mit Photovoltaikanlagen ausgebaut werden.

Stadtverordneter Volles ergänzte, dass die Gewinnerzielung durch Photovoltaikanlagen nicht unerheblich sei. Er könne aus eigener Erfahrung sagen, dass sich eine Photovoltaikanlage auch ohne eine Förderung rechne. Er plädiere ebenfalls für den Ausbau von Photovoltaikanlagen auf den städtischen Objekten.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen.

**TOP 8 Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für die Initiative Erinnern Geilenkirchen
Vorlage: 1330/2018**

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 9 Anfragen

- a) Stadtverordneter Banzet berichtete, dass er in einem Zeitungsartikel gelesen habe, dass sich Bürgermeister Schmitz nicht mit den Einwohnern der Fliegerhorstsiedlung auf dem Grundstück einer der Anwohner treffen werde. Er wolle weiterhin weder die Presse noch Politiker bei einem Gespräch dabei haben. Stadtverordneter Banzet erkundigte sich, ob Bürgermeister Schmitz hieran festhalte.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass er ein ruhiges und sachliches Gespräch führen wolle. Die Familie Isbarn habe ihm angeboten, das Gespräch in ihrem Garten mit vielen weiteren Anwohnern zu führen. Da bereits zwei Einwohnerversammlungen durchgeführt worden seien, wolle er den Gegenvorschlag unterbreiten, sich mit der Familie Isbarn und einigen weiteren Anwohnern der Siedlung im Rathaus zu unterhalten. Ein Gespräch mit so vielen Personen zu führen, halte er nicht für produktiv.

- b) Stadtverordneter Jansen wies darauf hin, dass die Stadt Dortmund sogenannte „Schlafende Polizisten“ (Brems-/Bodenschwellen) auf Parkplätzen installiert habe und diese so für Autorennen unattraktiv gemacht hätten. Es handle sich um einen sehr geringen Kapitaleinsatz. Er fragte nach, ob das Bauamt diese Möglichkeit bereits überprüft habe.

Bürgermeister Schmitz berichtete, sich diesbezüglich kürzlich mit der Polizei in Verbindung gesetzt zu haben. Die Polizei schlage vor, eine der beiden Zufahrten zum Beamtenparkplatz zu schließen, da die Autofahrer meist leicht entkommen könnten, wenn die Polizei ausfahre. Die vom Stadtverordneten Jansen vorgeschlagene Maßnahme werde geprüft und in der im Oktober stattfindenden Konferenz erörtert.

- c) Stadtverordneter Benden erklärte, dass es die Aufgabe des Bürgermeisters sei, sich den Leuten der Fliegerhorstsiedlung zu stellen. Er erkundigte sich, ob Bürgermeister Schmitz seine Meinung nicht überdenken möge. Darüber hinaus sei in der letzten Ratssitzung die schriftliche Beantwortung einer Einwohnerfrage zugesichert worden. Die Antwort liege der Niederschrift allerdings nicht bei. Er erkundigte sich, ob dies nachgeholt werde.

Bürgermeister Schmitz wiederholte, dass er das Angebot an die Familie Isbarn aufrechterhalten werde, sich mit ihnen im Rathaus zu treffen. Die Antwort aus der Fragestunde werde nachgereicht.

- d) Stadtverordneter Mesaros fragte, ob der Polizei der Vorschlag unterbreitet worden sei, mit zwei Streifenwagen von beiden Richtungen an den Beamtenparkplatz heranzufahren.

Bürgermeister Schmitz antwortete, dass man diesen Vorschlag angeführt habe. Die Polizei verfüge allerdings nicht über ausreichende Kapazitäten. Dies könne sich möglicherweise aufgrund der Einstellung einiger neuer Polizisten ändern.

- e) Stadtverordneter Gerads wies darauf hin, dass der die Böschung des Zugangsweges zum Beamtenparkplatz stark mit Müll verschmutzt sei. Zwar handle es sich hierbei nicht ausschließlich um städtisches Eigentum, dennoch wolle er sich erkundigen, ob die Böschungen nicht wenigstens bei Stadtfesten gereinigt werden könnten.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass die Stadt hierzu grundsätzlich nicht verpflichtet sei, da die Böschungen nicht im Eigentum der Stadt lägen. Der Bauhof reinige diese dennoch regelmäßig.

Bürgermeister Schmitz beendete den öffentlichen Teil der Sitzung. Er verabschiedete sich von den Zuhörerinnen und Zuhörern sowie vom Vertreter der Medien.